

## Parteienbühne

**Prüfender Blick auf die staatliche Landwirtschaftsförderung**

Die Freie Liste sieht Handlungsbedarf und fordert eine Standortbestimmung der Liechtensteiner Landwirtschaft. Dazu schickt sie im November-Landtag eine Interpellation auf den Weg, die den Wissensstand rund um die Agrarwirtschaft durchgängig verbessert und so eine Grundlage für gezieltes und zukunftsorientiertes Fördern bildet. Neue Erkenntnisse, Analysen und Forschungsergebnisse sollen künftig in Finanzie-

rungen und Massnahmen einfließen.

Die biologische Landwirtschaft mit ihren nachhaltigen Anbaumethoden hat in den letzten Jahrzehnten deutlich an Terrain hinzugewonnen. Biologische Erzeugnisse füllen nicht nur die Regale der grossen Anbieter. Bewusste Konsumenten decken ihren Bedarf auch aus dem Direktverkauf bzw. den Hofläden der Biobauern und haben heute in Liechtenstein zusätzlich z. B. die

Möglichkeit, sich an der Gartenkooperative zu beteiligen. Schon immer leisteten unsere Landwirte, allen voran die Biobauern, einen wertvollen Beitrag an das Gemeinwohl. Sie sind Pioniere in Sachen nachhaltiger Entwicklung. Die Biolandwirtschaft im Speziellen schon das Grundwasser und die Böden und trägt somit stärker zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit bei als die herkömmliche Landwirtschaft. Ebenso zur Artenvielfalt und

Biodiversität tragen Liechtensteiner Biobauern in höherem Masse bei. Gleichzeitig hängt der Erfolg der arbeitsintensiven Bio-Höfe stark vom persönlichen Engagement und den privaten Investitionen der Betreiberinnen und Betreiber ab. Staatliche Förderungen werden meist mit Blick auf den konventionellen Anbau verteilt und vernachlässigen schonende Anbaumethoden.

Mit dieser Interpellation möchte die Freie Liste unter

anderem wissen, welche Förderungen heute für die Landwirtschaft bestehen und welche Wirkung mit jedem einzelnen Franken in welchem Zeitrahmen erzielt werden soll. Wie gross ist die geförderte Fläche im Gegensatz zur nicht geförderten Fläche? Welche Mengen Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel gelangten 2008 im Vergleich zu 2016 durch die Landwirtschaft in unsere Böden? Und wie hat sich die Bodenfrucht-

barkeit über die letzten 10 Jahre hinweg entwickelt?

Staatliche Förderung wirkt auf die Produktionsweise, die Struktur und die Anzahl der Landwirtschaftsbetriebe in Liechtenstein ein. Die Freie Liste engagiert sich für eine nachhaltige Landwirtschaft, die uns und künftige Generationen mit gesunden und feinen Lebensmitteln versorgt.

Eine Stellungnahme der Landtagsfraktion der Freien Liste

## Forum

**Prämienverbilligung statt säumige Prämienzahler**

Das «Volksblatt» berichtete letzte Woche darüber, dass seit Anfang dieses Jahres die Kassen säumige Prämienzahler leichter betreiben und vor allem relativ problemlos die Auszahlung von Leistungen einstellen können. Bezahlt werden von den Kassen nur noch Notfallbehandlungen. Der Geschäftsführer des LKV unterscheidet dabei zwei Kategorien von säumigen Prämienzahlern: Solche, die sich die Prämien und Franchisen nicht leisten können und solche, die schlicht nicht zahlen wollen; letztere Gruppe sei die weitaus grössere. Ausserdem kündigte er an, dass der Begriff Notfallbehandlung sehr strikt ausge-

legt werde. Diese Aussage macht uns betroffen, einmal weil sie so nicht stimmt, vor allem aber deshalb, weil einmal, mehr eine Gruppe von Menschen unverdient an den Pranger gestellt wird. Wie den genannten Zeitungsartikeln zu entnehmen ist, beobachten die Kassen seit ca. zwei Jahren eine starke Zunahme von «säumigen Zahlern», also exakt seitdem die Prämien aufgrund der Kürzung des Staatsbeitrages massiv erhöht werden mussten und zusätzlich hohe Kostenbeteiligungen anfallen. Dies wurde auch vom Schuldenberater und der Stiftung «Lichtblick» bestätigt. Die gleichen Erfahrungen hat auch die L gemacht. Seit

den beiden hohen Prämienrunden und speziell seit die hohe Kostenbeteiligung zu entrichten ist, hat die Zahl der Klienten, die Rat suchen, wie sie die Prämien- und Franchisenlast tragen sollen, massiv zugenommen. Während mache ihre Zusatzversicherungen kündigen und viele Senioren ihre seit Jahrzehnten bezahlten Privat- und Halbprivatversicherungen für Spital stationär aufgeben müssen, besteht für viele, die schon bisher nur zum Minimum versichert waren, diese Möglichkeit nicht. Für diese wird es prekär. Oft sind es solche Personen, die gerade noch zuviel verdienen, um eine Prämienverbilligung beantragen zu können.

Die Verordnungsänderung erleichtert Betreibungen und legt fest, dass Behandlungen nur noch in Notfällen von den Kassen bezahlt werden müssen, verschiebt aber nur das Problem. Das Risiko von Ausständen wird von den Kassen zu den Versicherten und vor allem zu den Ärzten verschoben. Wie kann ein Arzt, der immerhin einen Eid geleistet hat, eine nötige Behandlung verweigern?

Die Schlagzeile im Volksblatt «Säumige Prämienzahler werden für Kassen zum Problem» trifft also nicht zu, da für die Kassen das Problem mit dieser Verordnung gelöst wurde.

Nicht gelöst wurde damit hingegen das grundsätzliche

Problem, dass für viele Versicherte die Belastung durch hohe Prämien und hohe Kostenbeteiligungen einfach zu gross wird. Die Lipo schlägt daher vor, das Prämienverbilligungssystem auszubauen. Durch Anhebung der Einkommensgrenzen und Erhöhung der möglichen Prämienreduktionen könnte ein grösserer Teil der unteren Einkommen als bisher profitieren. Im Jahr 2016 hatten rund 14,4 Prozent der Versicherten Anspruch auf eine Prämienverbilligung, im Vergleich dazu sind es in der Schweiz rund ein Drittel der Versicherten. Bei derart drastischen Veränderungen, wie sie die massiven Prämienhöhungen und

zugleich massiven Erhöhungen der gesetzlichen Kostenbeteiligung darstellen, ist eine flankierende Massnahme in Form einer Erweiterung des Prämienverbilligungsmodells mehr als angebracht. Das hat der Landtag bereits bei der KVG-Revision 2013 versäumt. Wenn deutlich mehr Personen mit unteren und mittleren Einkommen Anspruch auf Prämienverbilligung hätten, säne auch die Zahl der sogenannten säumigen Prämienzahler drastisch, vor allem entfele auch der für viele entwürdigende Gang zum Sozialamt.

Eine Stellungnahme der Liechtensteiner Patientenorganisation (LIPO)

## Leserbrief

**Studie: Thematik Flüchtlinge und Medien**

Bereits im Leserbrief vom 1. Oktober 2015 wurde erwähnt: «Wie leicht und in welch gigantischem Stil sich die Bürger Europas von den Grossmedien bezüglich «Flüchtlings»-Flutung täuschen lassen, ist schlichtweg zum Kopfschütteln.» Stichwort Medienmanipulation. Praktisch jeder, der etwa im Jahr 2015 die gefährliche «Völkerwanderungs-Politik» kritisierte, bekam unbarmherzig und undifferenziert den Stempel «Rechts-

populist», «Rassist» bzw. «rechtsextrem» aufgedrückt. Denn so funktioniert bekanntlich die ewig verleumderische Taktik der Globalisierungs-Strategen und der getäuschten linken Marionetten.

Mittlerweile ist die Medienpropaganda hinsichtlich «Flüchtlingsflutung» mittels Studie bestätigt! Zitat aus der Zeitung «Welt» (welt.de) vom 19. Juli 2017: «Wichtige deutsche Tageszeitungen haben während der Flüchtlingskrise der Jahre 2015 und 2016 bei der kritischen Berichterstattung nach Einschätzung von Experten versagt. Zu diesem Ergebnis

kommt eine Studie der Hamburg Media School und der Uni Leipzig» – Ende Zitat. Leiter der genannten Untersuchung war der Medienexperte Prof. Michael Haller, Direktor des europäischen Instituts für Journalismus- und Kommunikationsforschung. Über 30 000 (!) Berichte (grösstenteils von Februar 2015 bis März 2016) wurden in dieser Studie Prof. Hallers ausgewertet. Diese stammten unter anderem aus der «Welt», der «Bild», der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (FAZ), der «Süddeutschen Zeitung», zahlreichen Regionalzeitungen sowie Internet-

Portalen wie «tagesschau.de» und «Spiegel Online».

Werden wir aus dieser medialen Massen-Manipulation eine Lehre ziehen? Werden wir, die getäuschte Masse, künftig alles, wirklich alles kritisch hinterfragen, was wir schwarz auf weiss gedruckt in der Zeitung lesen oder im Fernsehen sehen und hören werden?

Zu schön, um wahr zu sein. Die Massen-Manipulation wird weitergehen – in anderen Bereichen. Und: Hätte nicht gerade auch die (liechtensteinische) Politik die Pflicht, diese bewusst herbeigeführte und verlorne dargestellte Migrantenflu-

tion in Europa anzuprangern?! Schuldig sind bekanntlich nicht nur jene Allermächtigen, welche Hinterhältiges tun, sondern auch jene manipulierten, unkritischen «Schlafschafe», die (schweigend) Hinterhältiges zulassen.

Wie gesagt: Als Christ ist man weder fremdenfeindlich noch Rassist. Doch soll man das Recht haben dürfen, auszudrücken, dass einem ein mögliches Riesenchaos und eine drohende Zerstörung des eigenen Heimatlands nicht egal ist.

Urs Kindle  
Binastrasse 51, Mauren

## Aus der Regierung

**Botschafter akkreditiert**

Erbprinz Alois hat am Freitag, 20. Oktober, vier Botschafter zur Überreichung der Beglaubigungsschreiben empfangen: Mourad Bourehla, Botschafter der Tunesischen Republik, Fernando Jorge Castro Trenti, Botschafter der Vereinigten Mexikanischen Staaten, Luis Enrique Chávez Basagoitia, Botschafter der Republik Peru und Norbert Riedel, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland. Vor der Überreichung des Beglaubigungsschreibens statteten die Botschafter Regierungsrätin Aurelia Frick einen Höflichkeitsbesuch im Regierungsgebäude ab. (pd)

Regierungschef Adrian Hasler im Gespräch:

**«Inhalte der Regierungsarbeit – Einblick und Ausblick»**

Ort: Rathaussaal, Vaduz  
Zeit: 18.00 Uhr  
Datum: 25. Oktober 2017

Moderation: Petra J. Matt, Radio Liechtenstein

Anmeldungen erwünscht unter:  
veranstaltung@regierung.li oder Tel. +423 236 60 07

zuhören.  
beteiligen.  
anpacken.

